

Nachhaltigkeit

Dänemark führt Klimasteuer für die Landwirtschaft ein

Von Redaktion LZ
Dienstag, 25. Juni 2024



Dänemark führt eine CO₂-Steuer für die Landwirtschaft ein.

Die dänische Regierung hat die Einführung einer Klimasteuer für die Landwirtschaft beschlossen. Von 2030 an müssen dänische Bauern für ihre CO₂-Emissionen zahlen. Noch ist aber nicht ganz klar, wie viel.

Dänemark erhebt als erstes Land der Welt eine Klimasteuer für die Landschaft. Die dänische Regierung hat eine Vereinbarung mit Verbänden der Landwirtschaft, der Industrie und des Naturschutzes getroffen, die unter anderem die Einführung einer CO₂-Steuer ab 2030 vorsieht, heißt es in der offiziellen Mitteilung.

Geplant ist eine Abgabe von rund 40 Euro pro Tonne ab 2030, die 2035 auf 100 Euro steigt. Die tatsächliche Steuer sei jedoch geringer, heißt es in der Mitteilung, da ein Grundabzug von zunächst 60 Prozent eingeführt werde. Landwirte müssen die Steuer daher zunächst nur für die letzten 40 Prozent ihrer Emissionen zahlen. Wie viel der einzelne Landwirt tatsächlich zahlen muss, werde erst bei Umsetzung der Vereinbarung entschieden und hänge von den Klimazielen 2045 ab.

Darüber hinaus führt Dänemark ab 2028 eine CO₂-Steuer auf Emissionen aus kohlenstoffreichen Tieflandböden in Höhe von 5,35 Euro pro Tonne ein.

Fonds für Entschädigungen

Als dritten Punkt sieht die Vereinbarung vor, einen Landwirtschaftsfonds in Höhe von 5,4 Mrd. Euro einzurichten. Über diesen sollen Landwirte unter anderem eine pauschale Entschädigung erhalten können, wenn sie ihre Felder beispielsweise in Wald umwandeln. Der Fonds soll große Landflächen übernehmen, Aufforstungen bezahlen und tiefliegende Böden freilegen und so dafür sorgen, dass weniger Stickstoff in die dänischen Gewässer geleitet wird. "Mit der Vereinbarung ist Dänemark auf einem guten Weg, sein Klimaziel für 2030 zu erreichen", heißt es in der Mitteilung. Die Regierung schätzt, dass dadurch die dänischen CO₂-Emissionen im Jahr 2030 um mindestens 1,8 Mio. Tonnen sinken.

Der Vorsitzende der dänischen landwirtschaftlichen Interessenorganisation, Soren Sondergaard, lobte das Abkommen als "bahnbrechend" für den Klimaschutz Dänemarks. Es lege den Rahmen für die dänische Landwirtschaft und Dänemarks Lebensmittelproduktion für viele Jahre fest.

Ole Wehlast, Vorsitzender des dänischen Lebensmittelverbandes NFF, sagte: "Wir haben eine Einigung erzielt, die einerseits sicherstellt, dass Dänemark seine Klimaziele erreicht, und andererseits den von vielen befürchteten Rohstoffverlust als Folge einer Klimasteuer abwendet". Der Erhalt der dänischen Arbeitsplätze sei für ihn während des gesamten Prozesses das Wichtigste gewesen. "Daher bin ich auch zufrieden, dass einige Lösungen gefunden wurden, die das Risiko des Verlusts Tausender Arbeitsplätze in der dänischen Lebensmittelbranche abwenden." (bd)